

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2019

19. Dezember 2019



## Liebe Leserinnen und Leser,

ein turbulentes Jahr geht zu Ende – turbulent vor allem für unsere Bundespartei. Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles als Vorsitzende Anfang Juni und einem langwierigen Auswahlverfahren für die Nachfolge haben wir nun mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans erstmals eine Doppelspitze, die die SPD einen und endlich wieder stärker machen will. Dafür wünsche ich den beiden viel Erfolg und werde sie als Mitglied des Bundesvorstands und auch als Vorsitzender der Landespartei und der Landtagsfraktion nach Kräften unterstützen. Es ist an der Zeit, die aufreibende Beschäftigung mit Personalien hinter uns zu lassen und uns endlich wieder der inhaltlichen politischen Arbeit zuzuwenden. Mit unserem neuen Sozialstaatskonzept haben wir das in Angriff genommen.

Im Landtag wurde am Mittwoch der Doppelhaushalt für die Jahre 2020/2021 nach Dritter Lesung von den Regierungsfractionen verabschiedet. Es ist der letzte Haushalt vor der nächsten Landtagswahl am 14. März 2021. Mit einem Gesamtvolumen von 104,6 Milliarden Euro stellt Grün-Schwarz einen Rekordtat für Baden-Württemberg auf. Daran wird das Land noch lange schwer zu tragen haben, denn dieser Haushalt lässt trotz seines beeindruckenden Volumens sowohl zukunftsorientierte nachhaltige Investitionen als auch wichtige strukturelle Weichenstellungen vermissen. Es fehlen die großen Leitlinien, die Baden-Württemberg durch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation führen und zukunftsfähig machen sollen. Stattdessen spiegelt sich in diesem Staatshaushalt das Klein-Klein der Koalitionsparteien wieder, die mit völlig konträren Ideologien meist nur den kleinsten gemeinsamen Nenner

finden konnten. Es fehlen auch weiterhin Lösungen für die Energie- und Mobilitätswende, für mehr Klima- und Artenschutz, für den Wohnungsbau, für bessere und gerechtere Bildung und lebenslange Weiterbildung.

Auch das jetzt vom Kabinett verabschiedete Sicherheitspaket ist geprägt von der Grundverschiedenheit von Grünen und CDU, was eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheit und Freiheit betrifft. Konkrete gesetzliche Neuerungen fehlen. Das Ergebnis der großen Ankündigungen von Innenminister Strobil ist nach mehr als einem Jahr lediglich ein Sammelsurium von mehr oder minder effektiven Maßnahmen.

Und überaus turbulent war 2019 auch, wenn wir über die Grenzen unseres Landes schauen. Mit der Wiederwahl Boris Johnsons ist der Brexit besiegelt. Als glühender Europäer und Freund der britischen Kultur tut mir das im Herzen leid. Und auch der Blick nach Übersee stimmt nicht gerade froh. Donald Trump hat einen Politikstil salonfähig gemacht, der der Demokratie und dem friedlichen Miteinander in der Welt nicht zuträglich ist. Die Fundamente der internationalen Ordnung, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges etabliert hatten, sind ins Wanken geraten. Protektionismus und Nationalismus sind auf dem Vormarsch. Wir brauchen eine neue Außen- und Sicherheitspolitik, die gleichzeitig auch Friedens- und Entwicklungspolitik ist. Die Basis dafür ist ein starkes und solidarisches Europa. Der Bundespartei-tag hat dazu den Entschluss „Frieden sichern – Zukunft gestalten“ gefasst, der den Rahmen sozialdemokratischer Politik für Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt aufzeigt:

[https://indieneuezeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B13\\_Frieden\\_sichern\\_Zukunft\\_gestalten.pdf](https://indieneuezeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B13_Frieden_sichern_Zukunft_gestalten.pdf)

Damit möchte ich Euch und Euren Familien und Freunden frohe und besinnliche Weihnachtstage wünschen. Beendet dieses turbulente Jahr mit ein paar ruhigen und entspannten Tagen und kommt gut in ein gesundes und glückliches neues Jahr, das hoffentlich auch für unsere Sozialdemokratie wieder ein besseres wird. Und natürlich wünsche Ich Euch auch heute eine interessante und anregende Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## Doppelhaushalt 2020/2021

**In der 105. Sitzung am 11. Dezember fand die Zweite Beratung des Staatshaushaltsgesetzes für den kommenden Doppelhaushalt statt. In der Aussprache legten die Fraktionen ihre Positionen dazu dar. Hier eine Zusammenfassung meiner Rede:**

Inhaltlich sind die Reden der grün-schwarzen Koalition immer gleich: viel heiße Luft, viele Phrasen. Das reicht aber nicht, um ein Land wie Baden-Württemberg in die Zukunft zu führen. Dieser Doppelhaushalt ist eine wichtige Prüfmarke, ob die Landesregierung diesem Anspruch gerecht wird. Die Voraussetzungen für erfolgreiches Regierungshandeln waren noch nie so gut dank der hohen Steuermehreinnahmen und Bußgelder aus der Automobilindustrie. Die Landesregierung hat großen Handlungsspielraum. Die Frage ist aber: Nutzt sie ihn? Denn Geld ausgeben allein ist keine Leistung. Es muss in die richtigen Felder investiert werden. Das geschieht nicht! Noch nie war das Verhältnis zu den Kommunen von solch einem erheblichen Misstrauen geprägt. Erst jetzt, kurz vor Verabschiedung des Haushalts, konnte die längst überfällige Einigung erzielt werden. So kann man mit den Kommunen nicht umgehen!

Wenn wir die großen gesellschaftlichen Herausforderungen meistern wollen, müssen wir sie jetzt angehen. Aber schauen wir auf die Leistungsbilanz von Grün-Schwarz im Klimaschutz: Sowohl bei der Energie- wie bei der Mobilitätswende geht es keinen Meter voran, weil die Fraktionen sich nicht einig werden. Auch beim Transformationsprozess durch Digitalisierung und Umgestaltung der Automobilindustrie fehlt jedes Anzeichen ernsthafter Bemühungen. Es werden gewaltige Anstrengungen von allen verlangt. Doch das muss auch für die Landesregierung gelten! Das Land muss den Wandel selbst konkret gestalten und die Rahmenbedingungen organisieren, damit nicht Einzel- oder Individualinteressen im Zentrum stehen, sondern das Gemeinwohl. Es reicht nicht, ein Ziel nur zu definieren, die Menschen müssen auch dorthin kommen können. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Wir müssen dafür sorgen, dass der Staat Autorität hat, damit die Menschen an ihn glauben. Wir müssen die Sorgen der Menschen um Klima und Artenschutz, um Wohnungsnot, Mobilitätskollaps und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ernstnehmen. Wir müssen und können handeln! Die Ausgangslage ist gut. Die Rücklagen des Landes sind mehr als hoch, die Verschuldung liegt im Rahmen. Vier Jahre ist dieses Land von alleine gelaufen. Der zurückhaltende Staat fiel nicht weiter auf. Aber jetzt ist ein aktiver, hand-

lungsfähiger und -williger Staat gefordert. Unserem Land geht es gut. Die Wirtschaft läuft - noch - gut. Es steht viel Geld zur Verfügung. Doch die Spaltung der Gesellschaft nimmt weiter zu. Zukunftsangst und Furcht vor Abstieg sind in der Mittelschicht angekommen. Wir müssen diese Probleme lösen, damit das Vertrauen in den Staat nicht schwindet. Dann brauchen wir uns auch nicht weiter mit Populisten herumschlagen. Denn sie arbeiten auf diesem Nährboden, dass die Menschen Angst haben. Wo Vertrauen in den Staat und seine soziale Verantwortung fehlen, fehlt auch die Offenheit für Neues, fehlt Innovation und Solidarität - alles, was unser Land stark gemacht hat. Wer diesen Zusammenhang nicht erkennt oder nicht begreifen will, riskiert unsere Zukunft. Der Staat kann und muss viel mehr tun!



Foto: Landtag Baden-Württemberg

Deswegen fordern wir als SPD:

- Sie wollen Mobilitätswende? Dann sorgen Sie für mehr ÖPNV! Sorgen Sie für das 365-Euro-Ticket!
- Sie wollen optimale Bildung? Dann sorgen Sie für gebührenfreie Kitas!
- Sie wollen die Transformation meistern? Dann sorgen Sie für Weiterbildungs- und Qualifizierungsfonds!
- Sie wollen etwas gegen die Wohnungsnot tun? Dann schaffen Sie die entsprechenden Instrumente, sorgen Sie für die Gründung einer Landeswohnungsbau-gesellschaft!

All das sind konkrete Maßnahmen, die die Landesregierung ergreifen könnte. Nur wenn wir die Grundlagen einer intakten, sozialen und solidarischen Gesellschaft schaffen, wird diese Gesellschaft auch mit Zuversicht in die Zukunft gehen. Wir brauchen nicht Angst vor der Zukunft, sondern Mut zur Zukunft. Wir brauchen Gewissheit, dass Veränderung nicht Verschlechterung bedeutet. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen eine Regierung, die die Zeichen der Zeit erkennt und endlich handelt! Handeln Sie!

**Die gesamte Rede findet Ihr unter:** <https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2019/20191211situng1051.html?t=2180>

## SPD-Bundesparteitag in Berlin



Baden-Württembergs Delegierte (Foto: Fionn Große)

Auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember in Berlin hat die SPD zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Doppelspitze gewählt. Nach dem Mitgliederentscheid haben auch die rund 600 Delegierten ihr Votum für die beiden Bundesvorsitzenden abgegeben. Norbert Walter-Borjans erhielt 89,2 Prozent und Saskia Esken 75,9 Prozent der Stimmen. Noch nie stand eine Baden-Württembergerin an der Spitze der Bundespartei. Das ist eine große Chance und ein ermutigendes Zeichen, dass wir die SPD hier im Land wieder stärker machen können. Zumal auch meine Wahlkreis Kollegin im Bundestag Leni Breymaier und ich in den von 45 auf nunmehr 34 Mitglieder verkleinerten Bundesvorstand gewählt wurden.



Mit Leni Breymaier gemeinsam in den Bundesvorstand gewählt (Foto: Fionn Große)

Der Berliner Parteitag hat nachdrücklich gezeigt, dass die SPD eine linke Partei ist. Mit unserem neuen Sozialstaatskonzept, das einstimmig und mit anhaltendem Applaus von den Delegierten beschlossen wurde, wollen wir uns von der Agenda 2010 verabschieden und ein besseres System der sozialen Absicherung etablieren.

Wir fordern einen partnerschaftlichen und sorgenden Sozialstaat auf der Höhe der Zeit, der die Teilhabe aller Menschen ermöglicht und einfordert. Bürger sollen nicht mehr zu Bittstellern werden müssen. Deswegen wollen wir einen auskömmlichen Mindestlohn von perspektivisch zwölf Euro, die Einführung eines Bürgergeldes in Höhe des Regelsatzes der Grundsicherung und eine merkliche Entschärfung finanzieller Sanktionen bei Verstößen gegen die Auflagen - gemäß dem jüngsten Urteil des Bundesverfas-

sungsgerichts. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes im Falle einer Qualifizierung nach Arbeitsplatzverlust. Neue Formen der Arbeit, wie Home-Office oder mobiles Arbeiten, sollen den Arbeitnehmern rechtlich zustehen. Kinder sollen eine einheitliche Grundsicherung erhalten und die Bürgerversicherung soll auf die Pflegeversicherung ausgedehnt werden. Außerdem fordern wir stärkere Anstrengungen im Klimaschutz und in der Friedenspolitik.

**Die Beschlüsse des Parteitags findet Ihr unter:**

<https://indieneuezeit.spd.de/beschluesse/>

Um unsere Forderungen realisieren zu können, halte ich ein Verbleiben in der Bundesregierung für vernünftig. Nur wer Regierungsgewalt innehat, kann auch politisch gestalten. Wir haben eine starke Regierungsmannschaft, die ihre Arbeit weiter fortsetzen sollte. Denn ohne die SPD hätte es weder die Einführung des Mindestlohns, noch die Wiederherstellung der Parität in der Krankenversicherung, die Entlastung von Familien durch das Starke-Familien-Gesetz und das Gute-Kita-Gesetz gegeben. Auch die Rente mit 63 oder die Mietpreisbremse wären ohne sozialdemokratischen Druck sicher nicht gekommen. Wir wollen und können in der Großen Koalition noch einiges mehr zum Wohle der Menschen erreichen. Doch sollte sich die SPD nicht allein aufs Regieren beschränken. Es ist genauso wichtig, dass wir wieder Ideen und Konzepte für die Zukunft entwickeln. Wir brauchen die langen Linien, damit die Menschen wieder Vertrauen und Hoffnung in unsere Partei setzen. Das Sozialstaatskonzept ist dabei ein guter erster Schritt.

**Das gesamte Sozialstaatskonzept findet Ihr unter:**

[https://indieneuezeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B3\\_Arbeit\\_Solidaritaet\\_Menschlichkeit\\_Ein\\_neuer\\_Sozialstaat\\_fuer\\_eine\\_neue\\_Zeit.pdf](https://indieneuezeit.spd.de/fileadmin/pv/Dokumente/BPT2019/Beschluesse/B3_Arbeit_Solidaritaet_Menschlichkeit_Ein_neuer_Sozialstaat_fuer_eine_neue_Zeit.pdf)



Mit Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil

## Tag der Freien Schulen



Am diesjährigen Tag der Freien Schulen besuchte ich die Karl-Döttinger-Schule, deren Träger die eva Heidenheim ist. Sie unterstützt Kinder, junge Menschen und Erwachsene in ihrer individuellen Entwicklung mit dem Ziel, dass alle entsprechend ihren Möglichkeiten an Bildung teilhaben können. Mit einem Team von 18 Lehrern werden ca. 80 Kinder und Jugendliche hier unterrichtet. Neben der Grundschule werden auch die Bildungsgänge Haupt-/Werkrealschule sowie Förderschule angeboten. Die Schule knüpft da an, wo andere an ihre Grenzen stoßen. Wichtig ist für eine individuelle Lernentwicklung, an die Ressourcen der Schüler anzuknüpfen und ihnen die Schule als sicheren Ort zu vermitteln, erklärte Schulleiterin Judith Margani. In den letzten Jahren sei die Schülerzahl, insbesondere in der Grundschule, kontinuierlich gestiegen, was am zunehmenden Förderbedarf liege. Das liege nicht zuletzt am veränderten Medienkonsum von Eltern und Kindern, aber auch daran, dass Probleme früher wahrgenommen und erkannt werden. Wichtig sei die Schulsozialarbeit, die aber allein durch die eva gestemmt wird. Hier muss dringend geprüft werden, ob die Landesförderung für Schulsozialarbeit nicht auch auf Schulen in freier Trägerschaft ausgeweitet werden sollte. Einen strukturierten Ganztagsbetrieb halten die Pädagogen hier für besonders sinnvoll. Das scheitert derzeit allerdings leider an der Finanzierung. Die Zusammenarbeit mit den anderen SBBZs im Kreis läuft sehr gut. Dem Lehrkräftemangel konnte die eva aufgrund interner Nachqualifizierungen und Aufbaustudien bisher gut entgegenwirken. Beim Rundgang durch die Grundschule, die ihre neue Heimat in den renovierten Räumlichkeiten der früheren Heidenheimer Jugendherberge gefunden hat, besuchte ich die zweite Klasse und stellte mich den Fragen der interessierten Schüler nach meiner Arbeit im Landtag. Auf meine Gegenfrage, was die Kinder später werden möchten, antworteten viele „Lehrer“. Das spricht für die gute Arbeit der Lehrkräfte an der Karl-Döttinger-Schule.

## Gespräch im Rathaus Herbrechtingen

Der neue Bürgermeister Daniel Vogt empfing mich gemeinsam mit dem Ersten Beigeordneten Thomas Diem. Die großen Umgestaltungen im Zentrum und der Bau der neuen Bibrishalle, die auch vom Land stark gefördert wurden, haben die Entwicklung der Stadt weiter vorangetrieben. Der nächste große Meilenstein wird die dringend notwendige Sanierung des Bibrisschulzentrums sein. Auch hier wird die Stadt auf die Unterstützung des Landes angewiesen sein. Eine neue Mobilität, mit einer Radwegkonzeption und dem Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität im Zentrum, strebt Vogt für seine Kommune an. Die Erschließung neuer Baugebiete und die Schaffung von Wohnraum für Menschen mit niedrigerem Einkommen sind nötig. Die Nachfrage sei jetzt schon groß und werde mit dem Bahnausbau der Schnellstrecke Stuttgart-Ulm weiter steigen, prophezeit Vogt. Im Ort gibt es kaum noch Möglichkeiten zur weiteren Nachverdichtung und auch keinen großflächigen Leerstand. Auch im Einzelhandel gibt es mit hauptsächlich inhabergeführten Läden wenig Leerstand in der Innenstadt. Problematisch ist und bleibt das Buigencenter. Die Stadt bemüht sich, es in kommunale Hand zu bekommen. Der Breitbandausbau ist für die Stadt als Standortfaktor essentiell. Als Teil der Daseinsvorsorge sehe ich hier den Staat in der Pflicht. Der Bedarf an Kita-Plätzen ist derzeit noch gedeckt, wird sich aber zuspitzen, vor allem im U3-Bereich und in Bolheim. In zwei bis drei Jahren müssen sicher neue Plätze geschaffen werden.



### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL  
Redaktion: Danjela Folberth  
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim  
Tel.: 07321/ 4 00 80  
E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)  
Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)